

praxisorientierte Nutzer auf dem Gebiet des chinesischen Wirtschafts- und Rechtssystems, die ein solides Nachschlagewerk haben möchten. Robert Heusers und Daniel Spricks Buch wird auch weiterhin eines der wichtigsten deutschsprachigen Nachschlagewerke sein, ein Muss in deutschsprachigen Universitätsbibliotheken zu chinesischem Recht.

Judith Schöne

Tim Pringle: Trade Unions in China. The Challenge of Labour Unrest

London: Routledge, 2011. 224 S., GBP 26,99

Im Jahre 2006 setzte der Allchinesische Gewerkschaftsbund (ACFTU) mit der Unterstützung des damaligen Staats- und Parteichefs Hu Jintao durch, dass die Firma Walmart in China als dem ersten Land weltweit die Einrichtung von Gewerkschaftsgruppen in ihren Läden erlaubte. Sieht man einmal davon ab, dass ACFTU bis dahin in chinesischen Privatbetrieben weit weniger Einsatz bei der Schaffung von Gewerkschaftsgruppen gezeigt hatte, so schien die hier an den Tag gelegte Hartnäckigkeit doch anzudeuten, dass sich der Gewerkschaftsbund allmählich seiner eigentlichen Rolle in einem veränderten Wirtschaftssystem bewusst wurde. Konnten die der Kommunistischen Partei unterstehenden Gewerkschaften, die sich traditionell als deren „Transmissionsriemen“ verstanden und die Arbeiter im Interesse eines nationalen „Gesamtinteresses“ organisierten, bis zum Beginn der Reformen noch auf die besonderen „sozialistischen“ Arbeitsbeziehungen verweisen, so verlor dieses „Gesamtinteresse“ mit der Entstehung von Privatbetrieben, der Reform der Staatsbetriebe und der Zunahme von Konflikten zwischen „Arbeit und Kapital“ immer mehr an Glaubwürdigkeit.

Da sich die Gewerkschaften aber nicht als Vertreter der Arbeiterinteressen verstanden, sondern günstigstenfalls als Vermittler zwischen den beiden Polen des Arbeitsverhält-

nisses, in der Regel aber die Arbeiter eher weiterhin im Interesse des „nationalen Gewinns“ zur Disziplin riefen, wurden sie in den Augen vieler Arbeiter – und der internationalen Forschung – entgültig wertlos. Die Arbeiter wurden daher im Falle von Konflikten selbst aktiv und forderten z.T. (wie 1989) sogar die Bildung unabhängiger Gewerkschaften. Ermutigend schienen daher vereinzelte, aber zunehmende Berichte von aktiven Basisorganisationen, wo Gewerkschaftskader unmittelbar mit den Problemen und Forderungen der Arbeiter konfrontiert waren. Eine wachsende Zahl an Forschungsbeiträgen hat seitdem gezeigt, wie und wo Arbeiterunruhen entstanden, welche Forderungen die Arbeiter erhoben oder wie sich vor allem betriebliche Gewerkschaftsorganisationen dazu verhielten. Sie konnten dabei auch auf offizielle Aussagen der Partei ebenso wie der Gewerkschaften selbst verweisen, die von ACFTU eine neue Rolle einforderten.

Generell hat sich allerdings wenig geändert. Als im Frühjahr 2010 eine Streikwelle zunächst in japanischen Autofirmen begann, organisierten die Gewerkschaften Trupps mit gelben (!) Cappies, die die streikenden Wanderarbeiter wieder an die Arbeit prügeln sollten. Und als im März 2014 die Gewerkschaftsgruppe in einem Walmart-Laden (!) in Changde, Provinz Hunan, ihre Rolle ernstnahm und für entlassene Arbeiter höhere Abfindungen einforderte, zog die harte ACFTU-Leitung angesichts der ständigen Linie der Stadtregierung ihre anfängliche Unterstützung zurück. Auf die Aufforderung des neuen Parteivorsitzenden Xi Jinping, sich stärker den Arbeiterinteressen zu widmen, reagierte die ACFTU-Leitung mit dem Vorsatz, sich mehr um die Loyalität der Arbeiter zur Partei kümmern zu wollen.

Während die meisten Autoren, die sich mit der widersprüchlichen Entwicklung der Gewerkschaften befassen, die vollzogenen oder ausgebliebenen Veränderungen vor dem Hintergrund der geänderten Arbeitsbeziehungen betrachten, wählt Pringle einen

anderen Ausgangspunkt. Er sieht ACFTU als eine Organisation, deren erste Aufgabe es ist, die Partei dabei zu unterstützen, die soziale und politische Stabilität in Unternehmen zu erhalten. In diesem Sinne ist sie in den 1950er Jahren „domestiziert“ worden und hat spätestens während der Kulturrevolution alle Eigenständigkeit verloren. Da sie nach dem Verbot aller alternativen Organisationen gleich nach der Revolution bis heute keinerlei Konkurrenz ausgesetzt ist, verfolgt sie diese ihre Aufgabe weiter und ändert sich nur langsam. Dennoch gibt es Wandel, denn der Erhalt der Stabilität erfordert natürlich auch, sich ständig auf die sich wandelnden Bedürfnisse und vor allem auch auf die wachsende Militanz der Arbeiter neu einzustellen. So sind es der Aktivismus und die Aktionen der Arbeiter selbst, die die Gewerkschaften zur Reform zwingen – wenn sie diese auch nicht zu wahren Repräsentanten der Arbeiterinteressen machen können. Genauso sieht Pringle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (wie die betriebsinterne Freisetzung überschüssiger Arbeitskräfte Ende der 1990er Jahre) oder die Verabschiedung von Arbeitsgesetzen als Reaktion auf drohende oder tatsächliche Unruhen.

Der Autor, der viele Jahre in China für NGOs gearbeitet hat, entwickelt sein Argument in drei Kapiteln, bevor er an drei Beispielen aus seiner praktischen Arbeit zeigt, wie lokale Gewerkschaften unter dem Eindruck aktiver Arbeiter neue Formen der Vertretung entwickelt haben. Im ersten Kapitel beschreibt er die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen von 1949 bis 2010. Nachdem die Gewerkschaften sich zunächst noch als Vertretung der Arbeiter sahen, waren sie gegen Ende der 1950er Jahre vollständig „anästisiert“, nachdem ihre Führung wegen Ökonomismus gestürzt und die Wirtschaft vollständig nationalisiert worden war. Mit den Reformen entstanden die kapitalistischen Arbeitsbeziehungen neu und Arbeitskonflikte nahmen zu. Aber erst mit der Umstrukturierung der Staatsunternehmen, dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation sowie ersten Anzeichen von

Arbeitskräfteknappheit erreichte die Militanz der Arbeiter ab ca. 2003 ein Ausmaß, das die Gewerkschaften zu stärker proaktivem Handeln veranlasste. In Kapitel 2 und 3 betrachtet der Autor diese Entwicklung noch einmal unter dem Blickwinkel der Arbeiterunruhen, zunächst für den staatlichen und dann für den privaten Sektor. In beiden Fällen blieben die Unruhen fragmentiert und spontan, aber vor allem unter dem Eindruck des zunehmenden Aktivismus von Wanderarbeitern in der Privatindustrie fühlte sich der Staat gedrängt, diesen durch Gesetze und Bestimmungen sowie mit Hilfe der Gewerkschaften in juristische Lösungswege zu lenken, die von der Vermittlung über Schiedsverfahren bis hin zu Verhandlungen vor Gerichten sehr langwierig und damit für die Arbeiter häufig gar nicht durchführbar sind.

In den folgenden drei Kapiteln beschreibt Pringle detailliert, wie Gewerkschaften vor Ort auf die veränderte Lage reagieren. In der Stadt Xinha z.B., wo die Arbeiter in der Textilindustrie jedes Frühjahr mit Aktionen drohten, um unter Ausnutzung der Arbeitskräfteknappheit höhere Löhne durchzusetzen, gelang es der Gewerkschaft, Arbeiter und Unternehmer zu kollektiven Verhandlungen zusammenzubringen und für die gesamte Branche ein stabiles Lohngefüge auszuhandeln. Indem beide Seiten Abstriche von ihren ursprünglichen Positionen machten, kam es so ansatzweise zu einer Art Tarifverhandlungen. In der Stadt Yiwu erforschte die Gewerkschaft die Ursachen wachsender Militanz und richtete schließlich mit Unterstützern von außerhalb der Gewerkschaftsbürokratie ein Rechtsberatungszentrum ein, das sie als NGO beim Ministerium für zivile Angelegenheiten registrierte. In Kapitel 6 schließlich berichtet Pringle von Versuchen, über direkte Wahlen von Gewerkschaftsvertretern deren „Qualität“ zu heben und so die Arbeitsbeziehungen zu stabilisieren. Da Gewerkschaftsvertreter in vielen Betrieben vom Management ernannt sind oder selbst zum Management gehören, liegt die Crux bei den Wahlen in der

Auswahl der Kandidaten. Zumindest in einem der beispielhaft genannten Unternehmen können diese von den Arbeitern frei benannt werden und müssen nicht von oben geprüft und genehmigt werden.

Während der Autor in den ersten drei Kapiteln sein Argument entlang der großen Linie der sich neu herausbildenden kapitalistischen Arbeitsbeziehungen seit Beginn der Reformen grundsätzlich entwickelt, zeigen seine Fallbeispiele, dass die Neupositionierung der Gewerkschaften gegenüber einer zunehmend militanteren Arbeiterschaft von den jeweils konkreten Bedingungen vor Ort abhängig ist. Organisatorisch haben die Arbeiter zwar keine Alternative zu den Gewerkschaften, aber das Ausmaß ihres Aktivismus hat durchaus Einfluss auf deren Handeln. Dabei müssen die Gewerkschaften reagieren, um die soziale Stabilität so weit wie möglich zu erhalten, können den Arbeitern aus dem gleichen Grunde aber auch nicht zu weit entgegen kommen. Dies wird bei den direkten Wahlen der Gewerkschaftsvertreter deutlich, die zwar für vertrauenswürdige Repräsentanten sorgen, aber zugleich zu aktive Vertreter verhindern sollen. Aus dieser Zwickmühle werden sich die Gewerkschaften auch künftig nicht befreien können, womit Pringle auch für die weitere Entwicklung der Gewerkschaften einen wertvollen Maßstab liefert.

Günter Schucher

**Jörn Keck, Dimitri Vanoverbeke,
Franz Waldenberger (Hgg.):
EU-Japan Relations, 1970–2012. From
Confrontation to Global Partnership**

London: Routledge, 2013. 356 S.,
GBP 100,00

Seit einiger Zeit verhandeln die EU und Japan über ein sogenanntes Freihandelsabkommen. Da passt es gut, dass mit dem vorliegenden Sammelband ein Schlaglicht auf die Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Partnern geworfen wird.

Die Herausgeber stehen dabei für eine glaubwürdige Aufarbeitung des Themas: Jörn Keck ist ehemaliger Botschafter der EU-Kommission in Japan, während Dimitri Vanoverbeke und Franz Waldenberger sich seit vielen Jahren wissenschaftlich mit Japan auseinandersetzen. Die meisten Autoren (14 an der Zahl) waren in unterschiedlichen Funktionen langjährig für die EU tätig und haben dort die Beziehungen zu Japan mitgestalten können.

Der Band startet mit einem Einführungsartikel von Franz Waldenberger, der die wirtschaftliche Entwicklung der EU und Japans in den sich verändernden globalen Kontext einordnet.

Teil 1 des Buches beschäftigt sich in acht Beiträgen chronologisch mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Japan von 1970 bis 2012. Dabei wird der Wandel offenbar, der insbesondere auf die internationalen Umfeldfaktoren zurückzuführen ist. In den 1970er und 1980er überzog die durch Handelsfragen geprägte Konfrontation. Bestimmte japanische Branchen, insbesondere der Automobilbau, der Bereich der Konsumentenelektronik und Teile des Maschinenbaus wurden stärker und stärker und entwickelten sich durch ihre Exporte zu einer ernsthaften Bedrohung für die europäischen Konkurrenten. Der japanische Markt dagegen wurde als geschlossen empfunden. Dies waren Zeiten, in denen man den Japanern vorwarf, ihre Wettbewerbsvorteile durch die Unterbringung der eignen Bevölkerung in Kaninchenställen zu erlangen, und sich Frankreich etwa der Videorekorderflut aus Japan dadurch erwehrte, dass es all diese Produkte zunächst ein kleines Zollhäuschen in der Ortschaft Poitiers durchlaufen ließ. Entsprechend spannungsgeladen gestalteten sich die Verhandlungen in dieser Zeit.

Die Stimmung änderte sich merklich in den 90er Jahren. Dies war jedoch nicht auf den Erfolg irgendwelcher handelspolitischen Maßnahmen zuvor zurückzuführen, sondern auf Entwicklungen im Makroumfeld, wie den Zusammenbruch des Ostblocks, das